



## Im Gespräch mit dem Ministerrat

Mehrere Stunden Zeit nahmen sich Ministerpräsident **Kurt Beck** und die Ministerinnen und Minister für ein – inzwischen zur guten Tradition gewordenes – Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden **Dietmar Muscheid** und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften.



**Tilman Boehlkau (GEW)** und **Bildungsministerin Doris Ahnen** beleuchteten die Herausforderungen an die **Schulen** in RP. Sinkende Schülerzahlen und der Wunsch nach qualifizierten Schulen in örtlicher Nähe erfordern Reformen der Schullandschaft. Boehlkau kritisierte den Entscheidungszwang für die Schularten im Alter von 10 oder 11 Jahren als ‚Kardinalfehler‘ der Bildungspolitik. Die GEW werde die Reformen aktiv begleiten.

**Uwe Klemens (Ver.di)** und **Ulrich Küppers (IG BCE)** erneuerten die gewerkschaftlichen Forderungen nach einem **Ausbildungspakt**; insbesondere für Jugendliche, die schon seit Jahren in der ‚Warteschleife‘ sitzen. Am Beispiel der Chemieunternehmen wurde der Erfolg tariflicher Vereinbarungen erläutert. **Sozialministerin Malu Dreyer** bestätigte, dass gerade die Zielgruppe der bisher nicht Vermittelten ins Zentrum der Überlegungen rücken müsse. Dreyer lobte die DGB-Gewerkschaften, die sich zu einem Ausbildungsverbund zusammengeschlossen haben, um benachteiligten jungen Frauen mit Kindern – auch in Teilzeit – Ausbildungsplätze zu bieten. **Dreyer**: „Dieses Vorbild sollte für viele kleine Betriebe Beispiel gebend sein!“

Erstes Highlight des Treffens: **Kurt Beck** wird für die Landesregierung im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Festsetzung eines **Mindestlohns** vorgelegen. Er orientiert sich an den guten Erfahrungen mit dem Mindestlohn z.B. in Großbritannien. Der DGB plant unter internationaler Beteiligung eine Vera zum Thema Mindestlohn.

Zweites Highlight: **Wirtschaftsminister Hendrik Hering** stellte die Konzeption für ein **Tariftreuegesetz** vor. DGB-Chef **Muscheid**: „*Es ist das beste Tariftreuegesetz, das bisher in der Republik auf den Weg gebracht worden ist! Die Kombination der Fachleute aus dem Wirtschaftsministerium und den Gewerkschaften hat sich wirklich gelohnt.*“ Das Gesetz verpflichtet das Land, die Kommunen und deren Gesellschaften im Rahmen des Vergaberechts Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die (mindestens) tarifliche Löhne bezahlen. Damit wird der Lohndrückerei endlich ein Riegel vorgeschoben. Viele Unternehmer begrüßen das Gesetz ebenfalls als Schutz gegen unfaire Konkurrenz und positiv für die ‚Handwerker vor Ort‘.

Die schlechten Nachrichten blieben Finanzminister **Ingolf Deubel** überlassen. **Deubel** wies die Forderung von **Ernst Scharbach (GdP)** nach Einmalzahlungen für 2007 und einer 2,9 %-igen Lohnerhöhung für 2008 für die BeamtInnen ab. Rheinland-Pfalz weise – trotz der Steuermehreinnahmen – ein strukturelles Minus von 800 Mio. € aus. Andere Länder, sogar Berlin, hätten die Neuverschuldung mit teils brachialen Maßnahmen gegen Null gedrückt. Der beitragsfreie Kindergarten, die Gebührenfreiheit im Erststudium und notwendige Investitionen schlugen in Rheinland-Pfalz zu Buche. Die Beamtinnen und Beamten müssten bei ihren Vergleichen mit den anderen Bundesländern berücksichtigen, dass dort in den vergangenen Jahren noch sehr viel stärker bei den Beamten gespart worden sei. Rechne man Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf teils 42 Stunden hinzu, so seien die Beamten in Rheinland-Pfalz im direkten Vergleich sogar besser gestellt. Andere Länder stellten die Pensionäre gegenüber den Aktiven zusätzlich schlechter. Dies tue man in RP nicht. **Boehlkau, Klemens** und **Scharbach** verwiesen hingegen auf die massiven Einschnitte der vergangenen Jahre, die Besoldungserhöhungen in den anderen Ländern und im Bund sowie die Tarifabschlüsse.

Am Ende der ernsten Debatte befand Ministerpräsident **Kurt Beck**, dass die Landesregierung auf ihrer Position beharre. Es bleibe bei der Erhöhung um 0,5 %. **Ernst Scharbach** kündigte weitere Protestmaßnahmen der Gewerkschaften im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens an.

Weitere Themen - in denen weitgehende Übereinstimmung herrschte - waren die Gesundheitsförderung, das Landespersonalvertretungsgesetz, die Hochschulmedizin und die aktuelle energiepolitische Strategie von **Umweltministerin Margit Conrad**.

Am Rande des Treffens bestand für den GdP-Vertreter Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit **Justizminister Dr. Heinz Bamberger**, speziell zu den Forderungen zur Verbesserung der Leichenschau. **Finanzminister Ingolf Deubel** steht dem In-Sourcing von ausgelagerten Arbeitsbereichen (z.B. dem Reinigungsdienst) sehr positiv gegenüber. Er bestätigte die GdP in ihrer Auffassung, dass es gelingen kann, einerseits gegenüber der Fremdvergabe Geld einzusparen und andererseits für die ArbeitnehmerInnen höhere Löhne zu zahlen.

**Scharbach**: „*Licht und Schatten liegen eng beieinander. Bei vielen Themen besteht Einvernehmen, andere bleiben strittig. Es ist aber ein unschätzbare Wert an sich, dass solche regelmäßigen Treffen stattfinden. Die gegenseitigen Standpunkte müssen offen und ehrlich ausgetauscht werden. Nur so kann man auf Dauer praktikable Lösungen finden. Und offener Streit gehört zur Demokratie dazu – gerade wenn es um die Bezahlung geht.*“